



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wittschewsky: Auf den Pfaden der Sozialisierung. I.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Auf den Pfaden der Sozialisierung

Von Professor Wittschewsky

I.



Der Sozialisierungsgedanke ist ein Hauptproblem unserer gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschaftspolitik. Er ist die Bekenntnisformel der sozialistischen Republik und das Feldgeschrei des Radikalismus, die Sorgenquelle des Unternehmertums und die Freudenbotschaft der Arbeiterschaft, ein Hausfreund in den Spalten der öffentlichen Meinung, und doch in seiner Wesenheit vielen ein Fremdling. Der Begriff der Sozialisierung mußte uns eigentlich vertraut sein, denn er ist im Gewande der Verstaatlichung häufig genug uns begegnet und hat im Kriegssozialismus eine recht deutliche Ausprägung erfahren. In ihren Formen und Zielen unterscheidet sich freilich die Sozialisierung, wie sie jetzt auf der Tagesordnung steht, wesentlich von der bisherigen Anwendung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze, wenigstens nach den Absichten derer, die mit der Durchführung der Sozialisierung ein Gerüst für den sozialistischen Zukunftsstaat erbauen möchten. Ihnen erschien der Staatssozialismus immer nur als ein harmloser Vorläufer des sozialistischen Aktionsprogramms und der Kriegssozialismus ist in ihren Augen eine schonende Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten, ohne dem Privatkapital die erforderlichen Daumenschrauben anzusetzen. In welcher Ausdrucksform der Wirtschaftssozialismus aber bisher aufgetreten ist oder in Zukunft auftreten soll, für ihn wird stets die Überzeugung der seine Gestaltung betreibenden Kräfte maßgebend sein, daß ihre reformatorischen Maßnahmen der Volkswirtschaft zu einer vollkommeneren Organisation verhelfen, sie auf eine höhere Stufe der Ausbildung emporheben und dadurch dem Allgemeinwohl dienen. Natürlich können die Meinungen darüber, was als gemeinnützig anzusehen ist, weit auseinandergehen, je nach dem subjektiven Standpunkt des Urteilenden. Wie die bürgerlichen und sozialistischen Anschauungen über die Vorzüge dieser oder jener Wirtschaftsordnung in der Regel nicht übereinstimmen, so wird jede Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit und die Veranlagung des Sozialisierungsprozesses beträchtliche Gegensätze aufweisen. Die Frage ist aber brennend, ihre Beantwortung verantwortungsvoll. Zu ihrer Klärung kann vielleicht ein Blick in die Sozialisierungsliteratur beitragen.

Als nach Ausbruch des Krieges eine Reihe staatlicher Anordnungen zur strafferer Ausprägung der Gemeinschaftspflichten und Eindämmung der privaten Erwerbstriebtriebe erging, erblickte niemand in ihnen etwas anderes, als die pflichtgemäße Anpassung des Wirtschaftslebens an die Erfordernisse des Krieges. Wir lebten damals noch in der naiven Vorstellung, daß der Krieg trotz seiner wuchtigen Verklammerungen nicht allzu lange die Menschheit in sein Foch spannen werde, hatten mithin keine Veranlassung, die kriegswirtschaftlichen Besonderheiten wie ein neues interessantes Studienobjekt unter das Seziermesser zu nehmen. Erst als der Krieg wider Erwarten in das zweite und dritte Jahr sich hinzog und die Kette der staatlichen Eingriffe in die Volkswirtschaft mit zunehmender Schnelligkeit sich verlängerte, suchte man aus der Vielheit der einzelnen Reglementierungen so etwas wie eine Kriegswirtschaftslehre sich zurechtzulegen. Zu einer Systematik, die auch auf andere Kriegsfälle anwendbar wäre, reichte aber das Material trotz aller Fülle nicht aus, denn die der Kriegswirtschaft zugrunde liegenden Vorgänge und Bedürfnisse waren mit so außergewöhnlichem Beiwerk verquickt, daß ihnen gegenüber die sonst so beliebte Schematisierung versagte. Als Beispiel sei nur an die Erörterungen erinnert, ob der Staat künftighin im Hinblick auf Kriegsmöglichkeiten durch eine Ansammlung von Vorratsreserven in großem Umfange für eine verbesserte Sicherstellung der Volksernährung und Rohstoffversorgung Vorkehrungen treffen müßte. Im Lichte der späteren Erfahrungen erscheinen die damaligen Diskussionen hierüber wie kleinbürgerliche Stammtischreden.

Mit der Ausdehnung der organisierten Kriegswirtschaft traten die Grundzüge eines aus der praktischen Betätigung erwachsenen Systems der staatlichen

Intervention deutlicher hervor. Der vielgenannte Walter Rathenau hat in einer seiner Schriften dargelegt, wie die von ihm angeregte und als dringlich empfohlene Errichtung einer Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium den Ausgangspunkt für die Begründung einer stetig sich vergrößernden Zahl von kriegswirtschaftlichen Gesellschaften wurde, deren Zuständigkeiten bald über die wichtigsten Teile der Industrie sich erstreckten und an die Stelle der freien Wirtschaft den regulierten Verkehr setzten. Dieser neugeschaffene Kriegssozialismus, seinem Wesen nach ein den Ausnahmeverhältnissen angepaßter Staatssozialismus, durchbrach die alten Wirtschaftsordnungen und umgab die privatwirtschaftliche Betriebsführung mit einer Menge einschränkender Bestimmungen. Er setzte für viele Artikel des Massenbedarfs Höchstpreise fest, behielt sich die Verfügung über bestimmte Nahrungsmittel und Rohstoffe vor und nahm die Befugnis zu ihrer Enteignung für sich in Anspruch.

Damit war ein Prozeß der Sozialisierung eingeleitet, wie ihn in der kurzen Zeitspanne von einigen Monaten tiefgreifender auch eine aus den roten Fluten unerwartet emporgetauchte Regierungsgewalt nicht hätte in Szene setzen können. Aber die einzelnen Kapitel dieser absonderlichen Historie der „Vorfassung“ ließen sich Bände schreiben, die freilich mehr von der Zeiten Not als von einer folgerichtigen Entwicklung der produktiven Volkkräfte zeugen würden. Es galt, das Prinzip des Durchhaltens bis zu den letzten Pfafen zu verwirklichen, ohne sich dabei vom Gedanken beirren zu lassen, daß man einer sozialistischen Wirtschaftsordnung dadurch vielleicht neue Fußsteige eröffnete. Die Umstellung der Volkswirtschaft erfolgte einzig unter dem Gesichtswinkel der bestmöglichen Befriedigung der ins Ungeheuerliche anwachsenden Kriegsbedürfnisse. Rathenau schreibt: „Jetzt mußten alle Rohstoffe des Landes zwangsläufig werden, nichts mehr durfte eigenem Willen und eigener Willkür folgen, jeder Stoff und jedes Halbprodukt mußte so fließen, daß nichts in die Wege des Luxus oder des nebensächlichen Bedarfs gelangte; ihr Weg mußte gewaltsam eingedämmt werden, so daß sie selbsttätig in diejenigen Endprodukte und Verwendungsformen mündeten, die das Heer brauchte.“ Dazu kamen weitere Aufgaben: alle verfügbaren Stoffe aus dem neutralen Ausland oder durch Beitreibung aus dem besetzten Gebiete ins Land hineinzuziehen; ferner die Fabrikation nicht nur auf das Unentbehrliche einzustellen, sondern zu neuen technischen Methoden anzuregen; schließlich die schwer erhältlichen Stoffe durch leichter beschaffbare zu ersetzen. Es handelte sich also um Aufgaben, die später vom Gebiete der Rohstoffbeschaffung auf das ganze deutsche Wirtschaftsleben übergriffen. Der staatlichen Aufsicht und Lenkung wurde aber auch das gesamte Ernährungswesen unterworfen, ja gerade hier wurde die zwangsweise Unterordnung der einzelnen unter die Gesamtwirtschaft mit kaum zu überbietender Genauigkeit durchgeführt. Daß die Rationierung der Lebensmittel zur Stillung des Volkshungers nicht ausreichte und daneben der Schleichhandel üppig wucherte, ändert nicht den gemeinwirtschaftlichen Charakter der Versorgungseinrichtungen.

Der Kriegssozialismus war eine Anpassung an eine Umformung des Wirtschaftslebens in sozialistischem Sinne, vorausgesetzt natürlich, daß das Zugeständnis in der Friedenswirtschaft nicht wieder rückgängig gemacht wurde, vielmehr weitere Sozialisierungsakte nachfolgten. Indem der Staat in Vertretung der Allgemeinheit über die Produktion und Verteilung der wichtigsten Güter selbstherrlich Anordnungen erließ, unterband er den freien Marktverkehr und die normale Preisbildung, schaltete er den Wettbewerb der Privatwirtschaften aus und umgab den Unternehmergewinn mit einem Drahtzaun. Das waren Auswirkungen staatssozialistischer Tendenzen, aber eine Sozialisierung bürgerlichen Stils und — was nicht aus den Augen verloren werden darf! — nicht auf die Dauer berechnet. Die Mobilmachung der Volkswirtschaft für die Kriegszwecke verlangte deren „Militarisierung“, wie Professor Edg. Jaffé diese zeitweiligen Umbildungen zusammenfassend genannt hat.

Bürgerliche Wirtschaftspolitiker haben in den Jahren 1915 und 1916 über Wesen und Bewertung der damaligen Sozialisierung lebhaft Auseinandersetzungen gehabt. Zu jener Zeit konnte niemand voraussehen, zu welchem

traurigen Ausgang unser Ringen gegen die feindliche Übermacht führen würde, welche politische Umwälzungen und wirtschaftliche Erschütterungen uns bevorstünden. Die literarischen Scharmüchel befaßten sich demnach vorwiegend mit den Bedingungen für die Erneuerung und Aufrichtung des deutschen Wirtschaftskörpers nach den furchtbaren Strazapen und Opfern, die ihn in mehrjährigem Kampfe zermürbt hatten. Die Meinungen der Gelehrtenwelt gingen weit auseinander. Auch diejenigen Professoren, welche die Rückkehr zu der Wirtschaftsfreiheit, wie sie vor dem Kriege bestanden, für gegeben und wahrscheinlich an sahen, räumten ein, daß die bürgerliche Regierung die Vorteile einer strafferen Organisation der Industrie späterhin sich zunutze machen müsse, schon um die erschlafte Produktivkraft aufzumuntern, vor allem aber um durch monopolisierte Staatsbetriebe ihre arg mitgenommenen Finanzen aufzubessern. Von anderer Seite wurde auf die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den Anfechtungen der Kriegszeit standzuhalten, hingewiesen und demgemäß eine stärkere Untermauerung der wankenden Wirtschaftspfäiler durch organisatorische Maßnahmen gefordert. Der Gemeinschaftsgeist sollte den Sonderwillen im Zaume halten, die Wirtschaftsgewinnung die Wirtschaftsordnung veredeln.

In schärfster Ausprägung kamen die gegensätzlichen Auffassungen zur Aussprache zwischen den Professoren Jaffe und Liefmann. Ersterer trat für eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens ein, denn die wirtschaftliche Freiheit, die vor einem Jahrhundert zur Entfesselung der Erwerbstriebe angebracht gewesen, habe sich mehr und mehr als ein Schädling unserer sozialen Entwicklung erwiesen. Die Zeitströmung verlange die Abkehr vom freien Spiel der wirtschaftlichen Potenzen, die höhere Bewertung des Faktors Arbeit gegenüber der Bereicherung des kapitalistischen Unternehmers. Das private Erwerbsstreben müsse vor den Interessen der Allgemeinheit zurücktreten. Kurzum, das Individualprinzip habe sich überlebt und müsse durch eine zielbewußte Förderung des Sozialprinzips abgelöst werden.

Professor Liefmann gab in seiner Erwiderung zu, daß die Unterordnung der Individuen unter die Gemeinschaft im Kriege in noch nicht dagewesenem Maße sich offenbart habe, diese Unterdrückung der Gewinntriebe bedeute aber keinen Fortschritt. Nach dem Kriege werde die individuelle Energie, um die Arbeitserträge zu steigern, aufs höchste angespornt werden müssen; die wirtschaftlichen Gegensätze würden wiederaufleben und müßten durch erweiterte soziale Fürsorge gemildert werden. In seiner Schrift: „Bringt der Krieg uns dem Sozialismus näher?“ (Schriftenreihe „Deutscher Krieg“, Heft 56) führt Liefmann aus, wie das Wirtschaftsleben stets eine Kombination von Individualismus und Sozialismus, freier Konkurrenz und monopolistischer Gebundenheit gewesen sei. Das stärkere Hervortreten der sozialistischen Energieform im Kriege sei eine vorübergehende Erscheinung und lasse die Grundlagen des kapitalistischen Systems ungeschmälert.

Beim flüchtigen Auffrischen der Erinnerung an die Gelehrtendispute, die erst ein paar Jahre zurückliegen, im Lichte der Sozialisierungspläne aber, welche gegenwärtig im Schwange sind, weit überholt erscheinen, erkennen wir, daß die Blicke damals einzig auf eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gerichtet waren. Politische Momente kamen nicht in Betracht. Die Sozialisierung wird zwar nicht einfach abgelehnt, hauptsächlich aber unter dem Gesichtswinkel einer besseren Erfüllung der staatswirtschaftlichen Aufgaben beurteilt. Der Kriegsozialismus war doch nicht mehr als ein ziemlich roh aufgerichteter Notbau, dessen Fortdauer schon wegen der obrigkeitlichen Zuteilung der Nahrungsmittel ausgeschlossen war. Einzelstücke, wie die Konzentration in den verschiedenen Industriezweigen, konnten für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft verwendbar sein, doch war man auf bürgerlicher Seite darüber einig, daß bei einem breiteren Ausbau des Staatssozialismus in erster Linie die fiskalischen Momente berücksichtigt werden müßten. Die Steigerung der staatlichen Einnahmen durch Monopolisierung bestimmter Erwerbszweige stand im Vordergrund. Die

Aufrechterhaltung ferner einer Kontrolle über den auswärtigen Handel erschien wenigstens auf so lange unerlässlich, wie die Mißhandlung der deutschen Valuta im Auslande anhielt. Eine Annäherung dagegen an die Ziele sozialistischer Wirtschaftsumwälzung stand nicht in Frage. Die im sozialdemokratischen Parteiprogramm grundsätzlich geforderte Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum konnte nicht diskutabel in einer Zeit sein, die vor allem auf das Aufbauen, nicht auf ein Niederreißen bedacht sein mußte. Die Sozialisierung durch eine Verstaatlichung in engen Grenzen sollte das bisherige Wirtschaftssystem stützen, während der Sozialismus dem verhaßten Kapitalismus einen tödlichen Streich zugunsten der Arbeiterklasse versetzen wollte.

Die führenden Geister der Sozialdemokratie sahen sehr wohl ein, daß die Aussichten für den Klassensozialismus trotz der souveränen Herrschaft der Allgemeinheit über das Wirtschaftsleben nichts weniger als günstig waren. Der von einem Weltkrieg erhoffte Umsturz in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen war zunächst nicht eingetreten. Im Gegenteil, der nationale Staat befürdete beim Ausbruch des Krieges und in den ersten Kriegsjahren eine Festigkeit, die von der Sozialdemokratie als eine Schwächung ihrer eigenen Macht empfunden wurde. Der Klassenkampf drohte infolge der Hinwendung des größten Teils der deutschen Arbeiterschaft zu den vaterländischen Pflichten zu versumpfen. Die von der Regierung teils durchgeführten, teils für die Zukunft in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Maßnahmen sozialistischer Färbung konnten die Arbeitermassen irreführen und dem wirklichen Sozialismus das Wasser abgraben. Trotzdem mußte man den Kriegsozialismus billigen, nicht nur weil er über die Schwierigkeiten einigermaßen hinweghalf, sondern auch weil er dem privatwirtschaftlichen Eigennutz Schranken zog. Der immer heftiger auftretende Zwiespalt im sozialdemokratischen Lager mahnte außerdem die Genossen zu vorfichtiger Zurückhaltung. Noch war nicht aller Tage Abend. Man mußte sich vorläufig mit dem Gedanken an eine Sozialisierung abfinden, die durch Anspannung der Erwerbskräfte die Ergiebigkeit der Zukunftswirtschaft zu steigern versprach, und mußte versuchen, durch eine gemeinwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft allen Volksklassen den größtmöglichen Nutzen zuzuwenden. Diesen Anschauungen der einsichtigeren Genossen unter den Mehrheitssozialisten gab der sozialdemokratische Abgeordnete Blos, der zurzeit die Stellung eines Ministerpräsidenten in Würtemberg einnimmt, in einer Flugschrift, betitelt „Die neue Ara“ (Verlag der „Internationalen Korrespondenz“), wie folgt Ausdruck:

„Die Anhänger der alten Revolutionsromantik lebten in der Hoffnung, eine Revolution oder ein Weltkrieg werde eines schönen Tages eine Republik bringen und in dieser werde man alsdann die kapitalistische Produktionsform leicht in eine sozialistische verwandeln. Diese Hoffnung ist nun für alle, die nicht mit Scheuklappen behaftet sind, für absehbare Zeit geschwunden. Wer den Gang der politischen und sozialökonomischen Entwicklung weniger oberflächlich betrachtete, der mußte leicht zu der Überzeugung kommen, daß der Weg zum demokratischen Sozialismus durch eine staatssozialistische Epoche hindurchgehen werde. Der Klassenstaat hat sich gegen den Staatssozialismus heftig gestraubt. Der Weltkrieg aber hat ihn zur Notwendigkeit gemacht.“ Abg. Blos bespricht alsdann die Gefahren, die für die Arbeiterschaft aus dem Staatssozialismus entstehen können: direkte Abhängigkeit von der Staatsgewalt und allzu fiskalische Ausnutzung der Monopole. Demgegenüber empfiehlt Blos die Ausgestaltung der Staatsbetriebe zu Musterwerken, die Schaffung neuer Verwaltungsbehörden, zu denen auch Arbeiter heranzuziehen wären, und Unterstellung der Löhne, Arbeitszeit, Warenpreise usw. unter eine parlamentarische Kontrolle.

Heute hat eine ganz und gar nicht romantische Revolution uns die Republik gebracht und die Produktion soll demnächst nach sozialistischem Muster „umgewandelt“ werden. Die jetzt geplante Sozialisierung hat ihr bürgerliches Gewand abgestreift und greift nach der Toga sozialistischer Schneider. Solange die bürgerliche Regierung aber noch am Steuerruder saß, war die Sozialisierung ein

akademisches Thema, auf das die Blicke im Zusammenhang mit den Plänen zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Kriege hingelenkt wurden. Ein Nütteln am Kriegssozialismus erschien zwecklos, da seine Grundzüge in der Hauptsache unentbehrlich waren, um über die Wirtschaftsknöte des Krieges hinwegzukommen. Die sozialdemokratischen Schriftsteller nahmen das staatssozialistische Gebräu, das dem deutschen Volk vorgesetzt war, mit der Genugtuung auf, daß in ihm immerhin sozialistische Ideen von der Gemeinbürgerschaft aller einen wesentlichen Bestandteil bildeten. Wie die Dinge weiterhin verlaufen würden, darüber existierte auch unter den Intelligenzen des Sozialismus keine bestimmte Vorstellung. Der Abg. Fischer (in den „Annalen für Sozialpolitik“ und „Sozialistischen Monatsheften“) schob den Gewerkschaften die Aufgabe zu, die kapitalistische Gesellschaft mit sozialistischem Geiste zu durchdringen, unbeschadet den kapitalistischen Einrichtungen, die noch für Jahrhunderte bestehen bleiben würden. Der spätere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Aug. Müller ferner versprach sich von den Konsumgenossenschaften eine führende Rolle im Produktions- und Verteilungsprozeß der Zukunft. In ähnlicher Weise entwickelten andere sozialdemokratische Volkswirtschaftler den Gedanken, daß durch die Erziehung der Arbeitermassen zu den höchsten Organisationsformen der Sozialismus zu einer gebietenden Macht gebracht werden könnte. Wenn das geschehen, so würde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens nicht auf sich warten lassen.

In diesen Aeußerungen sozialdemokratischer Politiker ist kein Hindrängen auf eine beschleunigte Lösung der Sozialisierungsfrage wahrnehmbar. Aus ihnen spricht vielmehr der Wille, das Kernstück der sozialistischen Weltanschauung nicht übers Knie zu brechen. Die Vorschläge, auf das Erstarken und den Einfluß von Organisationen wie die Gewerkschaften und die Konsumvereine zu vertrauen, tragen den Absichten geduldigen Abwartens bis zu einem Zeitpunkt Rechnung, wo aus der Auflösung der alten Wirtschaftsordnungen neue organisatorische Gebilde hervorgehen würden. Vorerst galt es, den Kampf gegen die äußeren Feinde zum Abschluß zu bringen und die innerpolitischen Verfassungen in demokratische Formen umzugießen. Außerdem schienen im Rahmen des Kriegssozialismus die Fruchtansätze zu einer Gemeinwirtschaft gegeben, deren Hinübernahme in die nachfolgende Friedenszeit ganz von selbst die sozialistische Strömung verstärken müßte. Wenn die sozialdemokratischen Führer demgemäß sich auf den Boden der Tatsachen stellten und in der Propaganda für weiter hinausliegende Ziele eine bemerkenswerte Zurückhaltung übten, so bedeutete das doch keineswegs eine Verleugnung ihrer dogmatischen Lehrmeinungen. Die Aufhebung des Privateigentums und die Überführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz leuchteten als Sterne am Himmel des Zukunftssozialismus und dienten immer wieder zur Anfeuerung der nach großen Erfolgen begierigen Arbeitermassen. Das Rad der Zeitereignisse rollte schneller als selbst mit prophetischem Blick sich hatte voraussehen lassen. Das Sozialisierungsgesetz vom 9. März 1919 verkündete die Erfüllung kühner Träumereien. Wir werden davon noch reden müssen.



Die Wahlen in Deutschösterreich

Von Professor Dr. Robert Sieger.



ie Wahlen in die verfassunggebende Versammlung des neuen deutschen Staates in Österreich standen, gleich denen im Reich, vor allem im Zeichen des Kampfes für oder gegen die Sozialdemokratie. Was in einer Wahlbewegung von ziemlicher Festigkeit von den Parteien gegeneinander vorgebracht wurde — der Antisemitismus als Forderung und von der anderen Seite als Vorwurf, das allgemeine Verlangen nach dem Anschluß an das Deutsche Reich